

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Hauff, Duve, Frau Dr. Hartenstein, Frau Blunck, Immer (Altenkirchen), Kiehm, Dr. Kübler, Lennartz, Frau Dr. Martiny-Glotz, Müller (Düsseldorf), Müller (Schweinfurt), Oostergetelo, Reuter, Schäfer (Offenburg), Stahl (Kempen), Frau Weyel, Wimmer (Neuötting), Frau Zutt und der Fraktion der SPD

Schutz des Bodens

Der Boden ist neben Wasser, Luft und Sonnenlicht die natürliche Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Der Boden ist Rohstofflager, Produktionsgrundlage für unsere Nahrungsmittel und für nachwachsende Rohstoffe, er ist Lebensraum (Biotop) für Tiere, Pflanzen und Mikroorganismen, er ist Wasserspeicher, Schadstofffilter und Klimastabilisator. Der für unser Leben so wichtige Boden ist in seiner Substanz, in seiner Struktur und Fläche auf vielfältige Art gefährdet und droht in lebenswichtigen Funktionen in immer stärkerem Maße zerstört zu werden. Waldsterben, Gefährdung und Aussterben vieler Pflanzen- und Tierarten sind hierfür erschreckende Anzeichen.

Ursachen für die wachsende Gefahr der Bodenzerstörung sind u. a.

- die Belastung durch Abfälle und durch Luftverunreinigungen, insbesondere mit Schwermetallen (Cadmium, Blei, Quecksilber), mit schwerabbaubaren organischen Stoffen wie den polychlorierten Biphenylen (PCB), sowie mit Schwefeldioxid, Stickoxiden und anderen Umweltgiften,
- die mit höchster Intensität betriebene landwirtschaftliche Nutzung und die möglichen Schädigungen des Bodens durch die zunehmende Verwendung von Düngemitteln, chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln, Massentierhaltung, konzentrierte Ausbringung von Flüssigmist sowie Maßnahmen der Agrarstrukturpolitik (Flurbereinigung, Wegebau),
- der forcierte Bau von Straßen und anderen Verkehrsanlagen und die damit verbundene Versiegelung des Bodens, die teilweise zur Absenkung des Grundwasserspiegels und zur Zerschneidung von Lebensräumen mit negativen Folgen für die Tier- und Pflanzenwelt führten,

- die sprunghaft gestiegene Inanspruchnahme natürlicher Flächen durch Siedlungen, Gewerbe- und Industriebauten sowie Tagebau,
- der stark angestiegene Tourismus, der regional häufig naturzerstörerische Infrastrukturmaßnahmen zur Folge hatte und ebenfalls direkt und indirekt Bodenflächen beansprucht und Biotope zerstört.

In der Vergangenheit sind bereits eine Reihe von Gesetzen und Vorschriften geschaffen worden, die mittelbar oder unmittelbar dem Schutz des Bodens dienen, so z. B. Emissionsbegrenzungen, Klärschlammverordnungen, Verbot des DDT u. a. Gifte, Reduzierung der Phosphate in Waschmitteln, Vorschriften des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Baurechts und der Flächennutzung. Die Entwicklung zeigt jedoch, daß die bisherigen Vorschriften nicht ausreichen, um den Boden vor den heute bekannten schädlichen Einwirkungen langfristig zu schützen und u. a. negative Folgen für die Qualität unserer Nahrungsmittel und des Trinkwassers zu verhindern. Weitere Anstrengungen sind notwendig, um mit einer umfassenden Bodenschutzpolitik die Lebensgrundlage Boden für uns und für die Tiere und Pflanzen zu bewahren.

Wir fragen die Bundesregierung:

I.

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die heute erkennbaren Gefährdungen des Bodens als Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen, und sieht sie die Gefahr einer fortschreitenden Verschlechterung, wie sie heute vergleichbar bei Schädigungen des Waldes zu erkennen ist?
2. Wie sind die bestehenden Gesetze, Verordnungen und Vorschriften in Bund und Ländern in ihrer Wirksamkeit für den Bodenschutz zu beurteilen? In welchen Bereichen sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, zusätzliche und möglichst schnell wirkende Maßnahmen zum nachhaltigen Schutz des Bodens zu ergreifen?
3. Wird die Bundesregierung ein umfassendes Bodenschutzkonzept vorlegen, in dem Schutzkriterien und Maßnahmen für eine dauerhafte Sicherung nicht nur der Funktionen des Bodens, sondern auch des Wassers und der Luft entwickelt und ökologische Qualitätsziele festgelegt werden?

II.

4. Wie bewertet die Bundesregierung die Schadstoffanreicherungen in Boden und Grundwasser, die auf umweltgefährdende Auswirkungen der industriellen Produktion, der Energiewirtschaft, des Kraftfahrzeugverkehrs und der privaten Haushalte zurückgehen?
5. Hält die Bundesregierung die Grenz- bzw. Richtwerte für Schwermetallgehalte und andere Schadstoffe in Böden, in

Lebens- und Futtermitteln und die Immissionsgrenzwerte der TA-Luft angesichts nachgewiesener Vergiftungen von Böden für ausreichend, und sind die vielfältigen kumulativen Wirkungen auf den Boden genügend erforscht und berücksichtigt?

6. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß in Zusammenarbeit mit den Ländern eine Erfassung aller Altablagerungen (Kampfstofflager, Giftmülldeponien, geordnete und nicht geordnete Ablagerung von Hausmüll, Sondermüll- und Industriedeponien) vorzunehmen ist? Wie beurteilt sie die Gefahren dieser Ablagerungen auf Grund der bereits vorhandenen Erkenntnisse, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch ein Bund-Länder-Programm die Sanierung der Altablagerungen durchzuführen, und wie will sie gewährleisten, daß die Kosten der Sanierung soweit wie möglich von den Verursachern getragen werden?
7. In welchen Gebieten gibt es Bodenprobleme durch Grundwasserabsenkung, Grundwasserentzug und überörtliche bzw. überregionale Trinkwassernutzung?
8. Welchen Einfluß hat die zunehmende Versiegelung und Schadstoffbelastung der Böden heute langfristig auf die Grundwasserqualität und -menge?

Besteht nach Auffassung der Bundesregierung ein Zusammenhang zwischen der wachsenden Bodenversiegelung und den Veränderungen des Wasserhaushalts, insbesondere den Hochwassergefahren einerseits und dem Sinken des Grundwasserspiegels andererseits?
9. Welche Schädigung des Bodens und des Grundwassers hat es bei Produktion, Lagerung und Transport gefährlicher Güter, auch militärischer Art, in den letzten Jahren gegeben?
10. Welche Auswirkungen auf den Boden haben Veränderungen in den landwirtschaftlichen Produktionsmethoden, wie zunehmende Bearbeitung mit schweren Maschinen, zunehmender Einsatz von chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln und Mineraldünger, Konzentration der Viehhaltung, Ausbringung von Flüssigmist, verstärkter Umbruch von Grünland und einseitige Fruchtfolgen?
11. Welches Ausmaß an Bodenerosion und sonstigen Beeinträchtigungen der Bodenstruktur können durch landwirtschaftliche Maßnahmen entstehen (z.B. durch verstärkten Maisanbau, Strohhefen und bestimmte Formen des Weinbaus), und wie kann den Gefahren der Bodenerosion begegnet werden?
12. Welche Anwendungs- und Ausbringungsregeln für Düngemittel und Pflanzenbehandlungsmittel sowie Gülle gibt es, wie werden deren Auswirkungen beurteilt, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um die Belastung der Böden und des Grundwassers z.B. mit Nitrat zu vermindern? Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Aus-

wirkungen des Einsatzes von chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln und Mineraldünger in Haus- und Kleingärten?

13. Wie hat sich in den letzten zehn Jahren die Belastung der Böden durch Aufbringung von Klärschlamm und bei ausgebaggerten Flußsedimenten entwickelt, und wieviel Prozent des Klärschlammes können jetzt und zukünftig im landwirtschaftlichen und gärtnerischen Bereich ohne negative Beeinflussung verwertet werden?

Reichen die Qualitätskontrollen des Klärschlammes aus? Wie wirkt sich z. B. die Bestrahlung von Klärschlamm mit Kobalt 60 auf die Qualität aus?

14. Welche langfristigen Anreicherungen von giftigen Stoffen im Boden werden in Überschwemmungsgebieten von Fließgewässern beobachtet, und wieviel alte bzw. noch genutzte sogenannte Verrieselungsfelder sind mit Schwermetallen, schwerabbaubaren organischen Stoffen und Krankheitserregern belastet?
15. Welchen Anteil haben Bodenschäden am Waldsterben, und welche Untersuchungen und Ergebnisse gibt es über die Entwicklung der Bodenversauerung und die Anreicherung von Schwermetallen in den Böden allgemein in den letzten zwei Jahrzehnten?
16. Wird nach Meinung der Bundesregierung innerhalb von zehn Jahren nach Inkrafttreten der Novellierung der TA-Luft und der Verordnung über Großfeuerungsanlagen die Versauerung der Waldböden und der Schwermetallgehalt weiter ansteigen, gleichbleiben oder zurückgehen?
17. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur insbesondere bei Flurbereinigung und Wegebau auf den Boden als Lebensgrundlage und Lebensraum für Pflanzen und Tiere sowie im Hinblick auf die Vielfalt und Eigenart der Landschaft und den Wasserhaushalt, und ist die Bundesregierung bereit, die Förderung agrarstrukturpolitischer Maßnahmen stärker als bisher von ihrer ökologischen Verträglichkeit abhängig zu machen?
18. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Nutzen-Kosten-Untersuchung des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit über die Stilllegung durch Schadstoffe belasteter landwirtschaftlicher Flächen, und wie viele Flächen müßten demnach in nächster Zeit der landwirtschaftlichen Bodennutzung entzogen werden?
19. In welchen Regionen führt der konzentrierte Abbau von Rohstoffen zu Problemen des Naturhaushalts? Welche Auswirkungen auf Grundwasserspiegel und -speicherkapazität und welche anderen Folgeprobleme des Rohstoffabbaus wurden dabei beobachtet?
20. Welche Verluste an Waldflächen, Ackerland, Wiesen und Feuchtgebieten sind durch den Bau von Straßen und anderen

Verkehrsanlagen in den letzten 20 Jahren eingetreten, und wie hat sich die Verdichtung des Straßennetzes auf die Flächenstruktur insgesamt und auf die durchschnittliche Größe der Restfläche ausgewirkt?

21. Welche Auswirkungen hat der Straßenverkehr auf die Bodenqualität entlang den Straßentrassen, z. B. durch Bleibelastung, Reifenabrieb, Ölverluste, Streusalz und andere Schadstoffimmissionen?
22. Wie hat sich die Inanspruchnahme von Bodenflächen für Siedlungen, Industrie und Gewerbe in den letzten 20 Jahren entwickelt, und welche Möglichkeiten gibt es, den weiteren Landverbrauch künftig so gering wie möglich zu halten?
23. Teilt die Bundesregierung die Bedenken im Hinblick auf die Beanspruchung und Schädigung der Böden durch den Wintersport in den Alpen, und trifft ähnliches auf andere Sportarten und den Tourismus zu?
24. Wie beurteilt die Bundesregierung die Schädigung der Böden durch militärische Übungen und zivile Schießanlagen (Blei/Arsen), und wie können die Schäden vermindert werden?

III.

25. Welche Forschungsvorhaben zum Bodenschutz gibt es derzeit, und welche Ziele und Schwerpunkte werden die Forschungsvorhaben in Zukunft zum verstärkten Schutz des Bodens haben?
26. Welche Instrumente zum Bodenschutz werden in anderen Staaten eingesetzt, und welche von ihnen sind gegebenenfalls auch in der Bundesrepublik Deutschland anwendbar? Hält die Bundesregierung ein Bodenschutzgesetz für sinnvoll?
27. Ist die Bundesregierung bereit, im Bundesnaturschutzgesetz die Ziele, Grundsätze und andere Regelungen im Interesse eines besseren Schutzes des Bodens zu konkretisieren und die Landwirtschaftsklausel neu zu fassen?
28. Für wann sind erste Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenschutzprogramm“ zu erwarten, die von der Umweltministerkonferenz im November 1982 eingerichtet wurde?
29. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderungen und Grundsätze für eine ökologisch ausgerichtete Umweltvorsorgepolitik, die von der Projektgruppe „Aktionsprogramm Ökologie“ unter Leitung von Professor Hartmut Bick im April 1983 vorgelegt wurden, im Hinblick auf eine umfassende Bodenschutzpolitik?

Bonn, den 28. September 1983

Dr. Hauff
Duve
Frau Dr. Hartenstein
Frau Blunck
Immer (Altenkirchen)
Kiehm
Dr. Kübler
Lennartz
Frau Dr. Martiny-Glotz
Müller (Düsseldorf)
Müller (Schweinfurt)
Oostergetelo
Reuter
Schäfer (Offenburg)
Stahl (Kempen)
Frau Weyel
Wimmer (Neuötting)
Frau Zutt
Dr. Vogel und Fraktion

